

II-4419 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

Wien, am 8. Jänner 1992  
GZ.: 10.101/548-X/A/1a/91

1896/AB

1992-01-09

zu 1928 N

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 Wien

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1928/J betreffend die Schaffung eines Wärmeversorgungsgesetzes nach dem Beispiel Dänemarks, welche die Abgeordneten Resch und Genossen am 12. November 1991 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 und 2 der Anfrage:

Welche Schritte wurden von Ihnen bisher gesetzt, um den aufgezeigten Passus des Arbeitsübereinkommens zu verwirklichen?

Welche Maßnahmen planen Sie, um das Arbeitsübereinkommen in diesem Punkt umzusetzen?

Antwort:

Seit 1984 wurde bei allen Energieberichten der Bundesregierung anhand der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt erstellten Nutzenergieanalysen eine Strukturierung der Energienachfrage ermittelt, die Aufschluß über die Zuordnung der einzelnen Energieträger auf die jeweiligen Verwendungsarten der Endenergie gibt

Republik Österreich

~~Dr. Wolfgang Schüssel~~  
Wirtschaftsminister

- 2 -

und die Anteile dieser Verwendungsarten in den einzelnen Abnehmergruppen aufzeigt (Struktur des Energieverbrauches nach dem Verwendungszweck). Neben dieser Aufgliederung des energetischen Endverbrauches nach Anwendungsbereichen bzw. Abnehmergruppen ermöglichen die auf der Nutzenergieanalyse basierenden Berechnungen eine eingehende Betrachtung des gesamten Energiesystems von der Aufbringung bis zum tatsächlichen Nutzen bei den Verbrauchern und somit auch der in den jeweiligen Bereichen anfallenden Energieverluste. Die Ergebnisse dieser Berechnungen sind aus dem Energieflußbild Österreichs klar ersichtlich.

Neben dieser Analyse des bestehenden Energiesystems wurden auch EDV-gestützte Modelluntersuchungen über die Entwicklung zukünftiger Energieversorgungsstrukturen durchgeführt. Diesen Untersuchungen vorgegeben waren unterschiedliche Szenarien über die Entwicklung der einzelnen Energiedienstleistungen, gegliedert nach Dienstleistungsarten und Verbrauchersektoren, die auf der Basis von Energieprognosen ermittelt wurden. Die Nachfrage nach bestimmten Energieträgern wurde daraus im Rahmen von optimierenden Modellberechnungen ermittelt.

Beim Energiebericht 1990 wurden die Prognosen zur Entwicklung des energetischen Endverbrauches im Auftrag des Wirtschaftsministeriums vom Institut für Energiewirtschaft der Technischen Universität Wien und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung unabhängig voneinander erstellt.

Bei diesen Untersuchungen wurde das Energiesparen implizit durch eine Einschätzung der Fortsetzung des Energiesparverhaltens aufgrund bestehender energiepolitischer Maßnahmen berücksichtigt.

Selbstverständlich wird das beschriebene Instrumentarium auch bei der weiteren Energieplanung Verwendung finden.

Republik Österreich

~~Dr. Wolfgang Schüssel~~  
Wirtschaftsminister

- 3 -

Was die Erstellung von Energiekonzepten betrifft, so möchte ich darauf verweisen, daß die Bundesregierung der Koordination und Zusammenarbeit mit den Ländern auf dem Gebiet der Energieplanung, sowohl was die Erstellung energiepolitischer Rahmenziele für Österreich insgesamt als auch was die auf die strukturellen Gegebenheiten und Bedürfnisse der Teillräume abgestimmten energiepolitischen Ziele der Länder in Verbindung mit entsprechenden Strategien und Maßnahmen betrifft, größte Bedeutung beimißt. Neben dem Energiebericht der Bundesregierung und der Erweiterung oder Fortschreibung der in allen Ländern bestehenden Energieberichte, Energiekonzepte oder Energieleitbilder erweisen sich Energiekonzepte und Studien als wichtigstes Planungsinstrument zur Herbeiführung optimaler Energieversorgungsstrukturen.

Bund, Länder und Gemeinden fördern daher gemeinsam gemäß § 9 des Fernwärmeförderungsgesetzes 1982 i.d.g.F. die Erstellung (lokal, kommunaler) Energieversorgungskonzepte zum Zweck der Koordinierung der leitungsgebundenen Energien zur Deckung des Niedertemperaturwärmebedarfes unter besonderer Beachtung der Nutzung des wirtschaftlichen Fernwärmepotentials.

Die in den jeweiligen Zeiträumen geförderten Konzepte, Studien etc. sind und werden in den Energieberichten der Bundesregierung dokumentiert.

Punkt 3 der Anfrage:

Sind Sie bereit, nach dem Muster Dänemarks in einem eigenen Wärmeversorgungsgesetz die Ausarbeitung von regionalen Wärmekatastern anzuordnen und eine Optimierung der Bedarfsdeckung unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien in einem Wärmeaufbringsplan auf Basis Abwärme-, Erdgas- und Biomassenutzung voranzutreiben? Bis wann ist mit der Vorlage einer Regierungsvorlage zu rechnen?

Republik Österreich

~~Dr. Wolfgang Schüssel~~  
Wirtschaftsminister

- 4 -

**Antwort:**

Dem Energieträger Fernwärme kommt aus energie- und umweltpolitischer Sicht eine wesentliche Bedeutung zu, da diese Energieform in idealer Weise dem Schutz der Umwelt, einer effizienten Energieverwendung und Impulsen für die heimische Wirtschaft Rechnung trägt. Dem gezielten Ausbau der Fernwärme wird daher - nicht zuletzt auch im Hinblick auf die internationalen Verpflichtungen Österreichs zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen - in den energiepolitischen Leitlinien des Energieberichtes 1990 Priorität zuerkannt.

Die Schwerpunkte liegen dabei

- im weiteren Ausbau vorhandener Fernwärmesysteme, bei Netzerweiterungen und insbesondere auch im Anschluß weiterer öffentlicher Gebäude,
- in der lokal begrenzten Übernahme von Abwärme,
- im lokal sinnvollen Gaseinsatz in Spitzenkesselanlagen und sonstigen (Block) Heiz(kraft)werken, vor allem wenn sie innerhalb von Ballungsgebieten bei winterlichen Inversionswetterlagen in Betrieb sind,
- im lokal sinnvollen Einsatz von Biomasse, Geothermie und brennbaren Abfällen in Fernheiz(kraft)werken

unter strikter Beachtung umweltpolitischer Erfordernisse.

Zur Forcierung dieser Entwicklung wurde durch die mit 1. Juli 1991 in Kraft getretene Novelle des Fernwärmeförderungsgesetzes der Investitionsrahmen für Fernwärmeprojekte um öS 4 Milliarden auf öS 15 Milliarden erhöht und der Investitionszeitraum bis 31. Dezember 1993 verlängert, wobei vor allem auch die Möglichkeiten zur Nutzung der Biomasse für kleinräumige "Nahwärme"-Versorgungsprojekte verbessert wurden.

Republik Österreich

~~Dr. Wolfgang Schüssel~~  
Wirtschaftsminister

- 5 -

Gemäß § 9 des Fernwärmeförderungsgesetzes können weiters - wie bereits erwähnt - die Erstellung regionaler (lokaler, kommunaler) Energieversorgungskonzepte zum Zweck der Koordinierung der leitungsgebundenen Energien zur Deckung des Niedertemperaturwasserbedarfes sowie zur Vorauswahl geeigneter Fernwärmeprojekte die Erstellung und Aktualisierung von Wärmenachfrageatlanten und Abwärmekatastern gefordert werden.

Damit steht ein geeignetes Instrumentarium zur Erfassung des Niedertemperaturwärmebedarfes einerseits und der Optimierung der Deckung dieses Bedarfes andererseits zur Verfügung. Insbesondere können im Wege der Raumordnung auf der Basis regionaler und kommunaler Energiekonzepte "FernwärmeverSORGungsgebiete" ausgewiesen werden, in denen für neu zu errichtende und generalzusanierende Objekte nur Heizungsanlagen zugelassen werden, bei denen eine Umstellung auf FernwärmeverSORGung ohne weiteres gangbar ist. Damit wird die Schaffung einer für eine wirtschaftliche FernwärmeverSORGung ausreichenden Anschlußdichte ermöglicht.

Die Anordnung zur Ausarbeitung von regionalen Wärmeatlanten stellt sich als eine Angelegenheit dar, die dem "Raumordnungsweisen" zuzurechnen ist und somit in Gesetzgebung und Vollziehung Angelegenheit der Länder ist. Eine Regelung im Rahmen des Bundesrechts bedürfte einer Änderung der Bundesverfassung.

Punkt 4 und 5 der Anfrage:

Sind Sie bereit, eine Angebotserhebung bei allen Industrie- und Gewerbebetrieben Österreichs über nicht benötigte Strom/Wärmemengen durchführen zu lassen sowie die Konditionen festzuhalten, unter denen die Betriebe bereit sind, Strom/Wärmemengen abzugeben? Bis wann werden derartige Daten vorliegen?

Republik Österreich

~~Dr. Wolfgang Schüssel~~  
Wirtschaftsminister

- 6 -

Sind Sie aufbauend darauf bereit, ein Konzept auszuarbeiten, wie die aufgezeigten Einspeisepotentiale im betriebswirtschaftlich möglichen Rahmen rasch genutzt werden können?

Antwort:

Die Kraft-Wärme-Kopplung stellt allgemein eine besonders effiziente Form der Energienutzung dar. Gerade die Forcierung der kombinierten Erzeugung von Strom und Wärme in der Industrie kann entscheidend mithelfen, den erhöhten Strom- und Wärmebedarf in den Wintermonaten zu decken. Diese Gegebenheiten finden auch ihren Niederschlag in den energiepolitischen Leitlinien des Energieberichtes 1990, die in den Kapiteln über die Prozeßwärme wie auch im Fernwärmekapitel selbst dieser Form der Energienutzung ein hohes Gewicht beimessen.

Was die Erfassung des Energiepotentials industrieller Kraft-Wärme-Kopplung betrifft, darf ich auf laufende Erhebungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (ÖSTAT) verweisen, die monatlich die Abwärmedaten der Industrie erfassen und die auch Eingang in weitere Auswertungen des Wirtschaftsministeriums finden.

Gestatten Sie mir aber auch festzustellen, daß nicht alle Industriebetriebe als potentielle Abwärmelieferanten in Frage kommen, sondern in erster Linie Betriebe der Grundstoffindustrie, wie Eisenhütten, Betriebe der chemischen Industrie, sowie die Sparten Steine und Erden, Papier und Glas. Diese in der Regel bedeutenden Energieverbraucher mit maßgeblichem Abwärme- und Stromeinspeisepotential werden ohnehin durch die ÖSTAT-Erhebungen erfaßt.

Des weiteren möchte ich darauf verweisen, daß gemäß § 9 des Fernwärmeförderungsgesetzes 1982 i.d.g.F. die Erstellung und Aktualisierung von Wärmenachfrageatlanten und Abwärmekatastern von Bund

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 7 -

und Ländern gemeinsam gefördert werden. Beispielhaft sind in diesem Zusammenhang Niederösterreich, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg anzuführen, die über Abwärmekataster verfügen, die wesentliche Grundlagen für die von Ihnen angezogenen Fragestellungen bilden. Aber auch für Teile von Wien und von Graz wurden bereits derartige Untersuchungen gefördert.

